

## Überregionaler Pressespiegel 08.01.2012

Freie Presse | 08.01.2012

### Neuer Linken-Chef flirtet mit der CDU

Thomas Höllrich über innerparteiliche Grabenkämpfe, Ambitionen in Richtung Bürgerrechtspartei und eine Razzia in seinen Kanzleiräumen

Rechtsanwalt Thomas Höllrich aus Reichenbach ist am 3. Dezember überraschend zum Kreisvorsitzender der Linken im Vogtland gewählt worden. Ulrich Riedel befragte den 46-Jährigen.

*Freie Presse:* Linke wollen bessere Menschen sein. Im Kreisverband Vogtland dominierten Streit und Intrigen. Wie passt das zusammen?

*Thomas Höllrich:* Sozialer und gerechter heißt nicht, dass sich alle lieben. Respektvoller Umgang ist aber erforderlich, damit unsere politische Arbeit im Fokus der Öffentlichkeit steht.

*Freie Presse:* Sie sind durch einen Putsch gegen die frühere Kreisvorsitzende Michaela Wohlrab mit knapper Mehrheit gewählt geworden.

*Thomas Höllrich:* Wenn Sie eine Wahl mit mehreren Kandidaten einen Putsch nennen wollen?! Ich nenne es Demokratie, und es gab vorher Gespräche, in denen ich gebeten wurde zu kandidieren - auch das ist nicht nur bei der Linken üblich.

*Freie Presse:* Die unterlegene Seite zog sich zurück. Damit ist die Vogtland-Linke in zwei Lager gespalten?

*Thomas Höllrich:* Nein, das ist sie nach meiner Wahrnehmung nicht. Ich bin angetreten, um Gräben zuzuschütten und das Gespräch mit allen zu suchen. Die Linke braucht all ihre Mitstreiter. Ich beziehe alle ein, denn die von uns offen zu legenden politischen Ungerechtigkeiten der Regierenden brauchen unsere ganze Kraft.

*Freie Presse:* Meinen Sie, dass Wohlrab und Ex-Geschäftsführerin Janina Pfau mit dem neuen Geschäftsführer Olaf Schmalfuß und dem ausgebooteten Haudegen Wolfgang Hinz harmonieren?

*Thomas Höllrich:* Auch wenn Sie es noch so oft probieren, ich werde keine persönlichen Wertungen von Genossinnen und Genossen vornehmen. Erfahrene Wahlkämpfer wie Wolfgang Hinz und junge Leute wie Janina Pfau sollen ihre Stärken einbringen.

*Freie Presse:* Wie wollen Sie aus dem derzeitigen Loch herauskommen?

*Thomas Höllrich:* Wir werden aufzeigen und nachhaken bei den Themen, die in den Medien nur kurz behandelt werden. Dazu dient auch eine Klausur des Kreisvorstandes, auf der wir unsere politischen Ziele festlegen und Initiativen lostreten werden.

*Freie Presse:* Wo sehen Sie die Stärken der Vogtland-Linken?

*Thomas Höllrich:* Bei sozialen Schwerpunkten sind wir sehr stark und präsent. Da haben wir mit den Kreisrätinnen Dorothea Wolff und Waltraud Klärner auch Genossinnen, deren Kenntnisse und Wissen man nicht einfach mit antilinken Parolen wegwischen kann. Bei den Themen Müll, Bürgerbeteiligung oder der Unterstützung von Bürgerinitiativen wie der Bitex in Reichenbach werden wir als sachkundige und kämpferische Kraft wahrgenommen, auch über den Einsatz unserer Landtagsabgeordneten Andrea Roth. Im Bereich Mindestlöhne, Frieden und dem antifaschistischen Kampf sowieso.

*Freie Presse:* Und Schwächen?

*Thomas Höllrich:* Wir sollten uns stärker als Bürgerrechtspartei etablieren. Verbraucher- und Bürgerrechte sind in Sachsen große Themen. Dass es hier eine Schieflage gibt, hat das Vorgehen der Staatsregierung in Dresden gezeigt: Anti-Nazi-Demonstranten wurden bespitzelt und verfolgt, Rechtsterroristen blieben viele Jahre ungestört - oder der Verfassungsschutz wusste noch nicht einmal etwas von deren Existenz.

*Freie Presse:* Antje Hermenau von den Grünen hat für Sachsen den Begriff einer Halbdemokratie geprägt.

*Thomas Höllrich:* Ich nenne es "Weimar 2.0" und halte es mit dem im "Spiegel" zitierten Berliner Geschichtswissenschaftler Wolfgang Wippermann, der - noch von Durchsuchungen sächsischer Staatsanwälte unbehelligt - sagen darf, dass der Freistaat Sachsen, das "rechtskonservativste und unfreieste Bundesland der Republik" sei. Ursache dafür ist die quasi 20 Jahre dauernde Einparteien-Macht der CDU und der damit einhergehenden Verfilzung. Auch im Vogtland ist das so, aber je näher man an Dresden rankommt, desto schlimmer.

*Freie Presse:* Was will die Linke tun?

*Thomas Höllrich:* Nichts währt ewig, wie uns das Beispiel Baden-Württemberg zeigt. Wir müssen mit den Bürgern Widerstand leisten und wollen ein Umdenken in den bürgerlichen Parteien erreichen. Auch wenn derzeit viele ältere CDU-Leute Zusammenarbeit mit Linken rigoros ablehnen, so die vogtländischen Landtagsabgeordneten Kienzle, Petzold, Heidan und Heinz bei der Initiative unserer Abgeordneten Andrea Roth zur Rettung des Hochschulstandortes Reichenbach. Diesen falschen Politikansatz können wir uns im Vogtland, weit weg von Dresden, nicht leisten. Bei Jüngeren in der CDU und anderen Parteien habe ich den Eindruck, sie sind für Kooperationen offener.

*Freie Presse:* Das klingt stark nach der "Koalition der Vernunft" von CDU-Landrat Tassilo Lenk, der die Linke im Kreistag damit weitgehend eingelullt hat?

*Thomas Höllrich:* Wir Kreisräte sind alle ehrenamtlich tätig und sollten die Sacharbeit in den Vordergrund stellen. Das Vogtland kann sich Parteihickhack nicht leisten, damit gehen wir gemeinsam unter. Zugleich müssen wir als Linke unser Profil schärfen, um die "führende Partei" bei Wahlen auch mal ablösen zu können, wie gesagt nichts währt ewig.

*Freie Presse:* Sie sind in den eigenen Reihen umstritten. Wie kann man zugleich Kreisvorsitzender der Linken und Vorstandsmitglied im Evangelischen Schulverein sein?

*Thomas Höllrich:* Das geht sehr gut. Humanistische Bildungsinhalte und Werte sowie moderne pädagogische Konzepte, wie das gemeinsame Lernen von Behinderten und Nichtbehinderten, von Mittelschülern und Gymnasiasten oder angstfreies Lernen, sind Inhalte, für die ich als Linker und auch als Mitglied des ESV stehe.

*Freie Presse:* Und warum vertreten Sie als Rechtsanwalt besonders schillernde Figuren: einen bundesweit in die Schlagzeilen geratenen Stasispitzel, den so genannten Reichenbacher Drückerkönig und einen Geschäftsmann, der offensiv gegen jene vorging, die ihm eine Nähe zur Scientology-Sekte nachgesagt haben?

*Thomas Höllrich:* Zu Mandanten darf und werde ich mich nicht äußern. Grundsätzlich gilt: Der Rechtsstaat wäre am Ende, wenn sich öffentlich unbeliebte Leute keinen Anwalt ihrer Wahl nehmen könnten oder gar keinen Anwalt finden würden, weil dieser Angst vor der "Öffentlichkeit" hat.

*Freie Presse:* Einer der genannten Fälle hat Ihnen eine von der Generalstaatsanwaltschaft veranlasste Razzia eingebracht. War es das wert?

*Thomas Höllrich:* Auch dieser Einsatz zeigt, dass der genannte Prof. Wippermann recht

hat, wenn er sagt: "In Sachsen geschehen Dinge, die könnte sich George Orwell nicht einmal vorstellen." Es ist an der Zeit, dass die vielen redlichen und korrekten Mitarbeiter, Richter und Staatsanwälte, die immer noch die Mehrheit in der sächsischen Justiz stellen, diesem Treiben von karrieregetriebenen Kollegen ein Ende setzen. Es braucht - und da bin ich mir sicher - eine selbstverwaltete Justiz, in der nicht die politisch bestimmte Verwaltung über Karrieren zumindest maßgeblich mitbestimmt.

<http://www.freipresse.de/LOKALES/VOGTLAND/Neuer-Linken-Chef-flirtet-mit-der-CDU-artikel7869721.php>

---

scharf-links | 08.01.2012

### Noch 7 Tage – Interview zum Nazifaufmarsch in Magdeburg

von KomFort - kombinat-fortschritt

Während bundesweit die Vorbereitungen zu den diesjährigen Massenblockaden in Dresden auf Hochtouren laufen, droht ein anderer geplanter Großaufmarsch von Neonazis fast aus dem Blick zu geraten. Auch in Magdeburg wollen sie ihre geschichtsverdrehenden Phrasen durch die Straßen gröhlen. Und auch in der Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt sollen sie Widerstand zu spüren bekommen.

Kombinat-Fortschritt sprach mit dem *Bündnis "Entschlossen Handeln"* und Einzelpersonen von *"BlockierenMD"* die gemeinsam Rede und Antwort standen...

KomFort: Moin, Moin. Ich will ganz ehrlich sein. Als der Vorschlag im Raum stand mit „den Magdeburgern“ ein Interview zu machen, gab es in den Redaktionsräumen von Kombinat-Fortschritt einige Debatten. Magdeburg – zumindest in der Außenperspektive – da kann man sich leicht die Finger verbrennen, war der Tenor.

Frank: (ein deutlicher vernehmbarer Seufzer) Mmh. Wir wissen was du meinst. Und tatsächlich gestaltet sich durch dieses Bild auch unsere Bündnisarbeit etwas schwieriger, als vielleicht in anderen Städten.

KomFort: Mal konkret nachgefragt, wie sieht es in der linken Szene vor Ort aus?

Susi: Magdeburg ist natürlich nur ein Spiegelbild der bundesweiten Linken, selbst wenn das Viele erschrecken mag.

KomFort: Naja, nehmt es mir nicht übel, aber Magdeburg gilt in der Szene nicht als der Durchschnitt, sondern geradezu als krasse Sonderform.

Susi: Worauf ich hinauswollte: Die Magdeburger Szene lässt sich mit den Attributen „jung, weiß, männlich, auf antifa fokussiert“ beschreiben.

KomFort: Zustimmung – das ist in MV auch ganz ähnlich.

Frank: Abseits aller vergangenen Szeneauseinandersetzungen stellen die Nazis hier aber auch für viele Menschen ein reelles Problem dar. Das dürfte bei euch ähnlich sein. Nur das bei euch die NPD noch zusätzlich im Landtag sitzt. Für eine „kleine“ Stadt ist die linke Szene aber schon stark fragmentiert. Es gibt die unterschiedlichsten Ansätze und

Gruppen, die bisher immer nur sporadisch miteinander gearbeitet haben. Trotzdem ist es eine sehr aktive Szene mit viel Potenzial. Aufgrund der Geschichte wird Magdeburg auch stark von außen beobachtet und kritisiert, dies macht theoretische Diskussion und Auseinandersetzungen sehr schwer.

KomFort: Auf der anderen Seite hat aber gerade Magdeburg ein massives Problem mit einer extrem gewaltbereiten Naziszene. Zu Beginn der 1990er gab es mehrere Tote bei euch und dann habt ihr auch noch einen großen Naziaufmarsch mit alljährlich um die Tausend Teilnehmer.

Susi: Uns geht es in unserer Mobilisierung auch darum, den fast schon alltäglichen Naziwahnsinn in den Fokus zu rücken. Der Aufmarsch ist nur ein Teil des Problems und sollte auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Magdeburg im ganzen Jahr ein Nazi-Problem gibt und nicht nur im Januar.

Frank: Aus diesem Grund gilt es für uns jetzt nach vorne zu schauen. Wir wollen dem „Trauermarsch“ unseren größtmöglichen Widerstand entgegensetzen.

KomFort: Ein bisschen erinnert das an Dresden. Vor den Massenblockaden wurden die Ereignisse seitens der Radikalen Linken zwar auch immer aufmerksam verfolgt und als dringendes Problem wahrgenommen, nur sah man dafür dann immer relativ wenig auf der Straße. Auch wenn die Rahmenbedingungen dort natürlich etwas andere sind als bei euch. Dresden – Vorbild oder Konkurrenz?

Frank: Für das Bündnis „Entschlossen Handeln“ ist es direkt keins von beidem, da Dresden eine ganz andere Liga für die Nazis und somit auch für uns darstellt. Nur die Nazis wollen Magdeburg auf eine Stufe mit Dresden heben. Doch vielleicht können einzelne Ausschnitte aber ein Vorbild sein z.B. in den Punkten, die Politik der betroffenen Stadt oder des BgR („Bündnis gegen Rechts“ – Anm. d. Red.), von dem Ignorieren des Naziaufmarsches hin zum offensiveren Entgegenreten zu bewegen. Dieses Jahr ist es geplant, dass es keine offizielle Kranzniederlegung auf dem Dresdner Heidefriedhof gibt – für uns ein Vorbild auch in Magdeburg die städtische Gedenkkultur zu verändern. Mit großem Aufwand mobilisierte Massenblockaden sind in Magdeburg noch nicht möglich und für die bundesweite Szene so kurz vor Dresden auch organisatorisch nicht realisierbar. Dies ist uns bewusst und deshalb wollen wir auch nicht in eine Konkurrenz treten. Aber deswegen nehmen wir die Erfolge in Dresden als gutes Beispiel um die hiesigen Akteure zu animieren sich stärker zu engagieren. Mit dem Ziel der Stadt mitzuteilen, dass die Radikale Linke nicht ewig die bisherige Situation ertragen wird und es wie 2009 in Sachsen zu einer Wende in der Mobilisierung kommen kann.

KomFort: Also zusammengefasst: Schluss mit dem sinnlosen Versuch den Nahost-Konflikt in der Magdeburger Börde zu lösen, Magdeburg auf die zumindest überregionale Antifa-To-do-Liste heben, perspektivisch den Naziaufmarsch unmöglich machen. Wie sieht es mit der Resonanz auf diesen eher pragmatischen Weg aus?

Susi: Die Mobilisierung von dem Demo-Bündnis „Entschlossen-Handeln“ und dem Blockade-Bündnis „BlockierenMD“ laufen derzeit noch auf Hochtouren. So werden bis zum 14. Januar 2012 um die 14 Info- und Mobilisierungsveranstaltungen in Städten wie Rostock, Nürnberg oder Göttingen durchgeführt werden. Es gibt aus ganz Deutschland Anfragen wegen Mobi-Material und wir sind mit der Mobilisierung bisher sehr zufrieden. Für den 14. Januar 2012 wurde von „Entschlossen-Handeln“ eine Demonstration durch die Innenstadt angemeldet, die auch nach einem Hin und Her mit der Polizei und dem

Ordnungsamt in etwas geänderter Route stattfinden wird. Treffpunkt wird um 10 Uhr am Hauptbahnhof in Magdeburg sein. Dort kann man sich noch einmal mit heißen Getränken und veganem Essen versorgen. Ebenfalls wird es Stadtkarten und Infonummern für den Tag geben. Neben der Demonstration sind noch Blockaden auf der Naziroute geplant, die von dem Blockade-Bündnis "BlockierenMD" organisiert werden. Diese werden auch nach der Demonstration noch erreichbar sein. Wo genau diese stattfinden ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu sagen, da die genaue Route der Nazis noch unklar ist. Zusätzlich wird es an diesem Tag die sogenannte "Meile der Demokratie" und eine "Nazis wegbassen!"-Kundgebung in der Stadt geben.

KomFort: Okay jetzt habt ihr gleich alle wichtigen Fakten zum Tag selbst genannt. Aber wir können erst einmal festhalten, dass das Interesse steigt. Damit kommt dem diesjährigen 14. Januar sicher eine Schlüsselrolle zu. Ist man da nicht nervös aufgrund der hohen Verantwortung die man da trägt?

Frank: Eine gewisse Grundanspannung lässt sich da sicher nicht leugnen. Aber in Magdeburg und Umgebung sind sich eigentlich Alle einig, dass das nur der Beginn eines Prozesses sein kann. Da kann und wird sicher einiges schief gehen. Aber schließlich können Fehler auch nur dort entstehen, wo gearbeitet wird. Entscheidend ist für uns, dass man aus den gemachten Erfahrungen die richtigen Konsequenzen zieht.

KomFort: Welche Schlussfolgerungen habt ihr denn dann aus dem letzten Jahr gezogen?

Frank: Im vergangenen Jahr war es AntifaschistInnen immer wieder möglich, durch entschlossenes Handeln auf die Route der Nazis zu kommen. Da allerdings in Magdeburg der Grundsatz herrschte, dass gute, demokratische AntifaschistInnen auf der Meile der Demokratie verweilen und Alle anderen außerhalb nur Chaoten seien, blieb die Teilnahme an den Blockaden zu gering. Es war deshalb für die Polizei zu leicht die Blockaden zu umgehen oder wegzuräumen. Insgesamt aber hat die Informationsstruktur für Menschen, die sich daran beteiligen wollten gut funktioniert, allerdings blieb die überregionale Beteiligung weg und auch die notwendige inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Verhalten der Stadt fand nicht genug statt. Dies sind Kritikpunkte die dazu geführt haben, dass es dieses Jahr auch eine linksradikale Demonstration gibt.

KomFort: Jetzt haben wir relativ viel über euch gesprochen. Aber eigentlich geht es ja um die Nazis. Wie sieht es denn bei euch lokal aus?

Susi: Derzeit ist die Naziszene in Sachsen-Anhalt ziemlich geschwächt. Nachdem die NPD die Landtagswahlen im März 2011 in Sachsen-Anhalt verloren hatten, wurden die Führungspersonen ausgewechselt und es gab seit dem keine öffentlichen Aktionen dieser mehr. Die sogenannten "Freien Kräfte" sind mit dem Zerfall des "Freien Netzes", was ein neonazistischer Zusammenschluss von Nazis aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen war, derzeit auch sehr inaktiv. Weitere Strukturen wie die "Freien Nationalisten Altmark West" sind, nachdem die Führungspersonen einen Rockerclub eröffneten, derzeit auch nicht politisch wahrnehmbar. Einzig die Jungen Nationaldemokraten (JN) mit ihrer Führungsperson Andy Knape, der auch aus Magdeburg kommt und großen Einfluss bei der "Initiative gegen das Vergessen" hat, ist derzeit noch öffentlich wahrnehmbar. Dennoch kommt es in Sachsen-Anhalt und hauptsächlich in Magdeburg immer wieder zu rassistischen Übergriffen, Schändungen von Mahnmalen oder Angriffen auf alternative und antifaschistische Strukturen. So wurde in der Silvesternacht, zum 5. Mal innerhalb von nur 4 Monaten, ein Büro der Linkspartei im Magdeburger Stadtteil Reform angegriffen.

KomFort: Ähnliches kennen wir ja auch in MV. Wo es eine lange und vor allem unaufgeklärte Serie von Angriffen auf Institutionen und Symbole demokratischer Akteure gibt. Aber zurück zum 14. Januar – was sind da für euch die Minimalziele?

Susi: Unsere Ziele sind primär politischer Natur. Wir wollen durch viele entschlossene autonome AntifaschistInnen der Stadt zeigen, dass sie mit uns rechnen muss, und so ein breiteres Bündnis, welches sich nicht von einer Extremismuskeule spalten lässt, für die nächsten Anti-Nazi-Proteste zu ermöglichen. Gleichzeitig zwingt es die Polizei und Politik zu bekennen, wie sie mit couragierten AntifaschistInnen umgehen will. In einer Stadt wie Magdeburg, in welcher es regelmäßig zu rechten Gewalttaten kommt, wäre ein brutaler Polizeieinsatz gegen couragierte BürgerInnen ein ziemlicher Skandal. Außerdem wollen wir natürlich möglichst viele Menschen auf und an die Route der Nazis bringen und somit die Faschisten bei ihrem sogenannten "Trauermarsch" stören und ihn verhindern.

KomFort: Was sich mir allerdings noch nicht ganz erschlossen hat: Warum es in diesem Jahr eigentlich zwei Bündnisse gibt? Schließlich habt ihr ja die Infoveranstaltung in Rostock gemeinsam gehalten und gebt auch gemeinsam dieses Interview. Wird es denn auch in der Zukunft zwei mehr oder weniger unabhängig voneinander agierende Bündnisse geben?

Frank: Im letzten Jahr beteiligten wir von "Entschlossen-Handeln" (Antifaschistische Aktion Burg und DKP Sachsen-Anhalt) uns mit an der Organisation von Blockaden gegen den Naziaufmarsch in Magdeburg. Schon damals kritisierten wir, dass in unseren Augen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Naziaufmarsch und der Bombardierung der Stadt im Zweiten Weltkrieg zu kurz kam. Da sich in den Planungen für 2012, der Großteil für etwas ähnliches wie schon 2011 aussprach, entschlossen wir uns etwas Eigenes zu organisieren. So kam es dann auch dazu, dass wir uns mit den Genossinnen und Genossen vom Blockade-Bündnis "BlockierenMD" unterhielten und eine Demonstration anmeldeten. Ziel dabei war und ist es zum einen inhaltlich auf den Naziaufmarsch und dem Geschichtsrevisionismus einzugehen und zum anderen den Nazis in der Innenstadt von Magdeburg den Raum für ihren Aufmarsch zu nehmen. Wie dies in der Zukunft aussehen wird, können wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht sagen. Wir werden jetzt erst einmal den 14. Januar 2012 abwarten und danach die Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch analysieren und auswerten.

[http://www.scharf-links.de/46.0.html?  
&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=21046&tx\\_ttnews\[backPid\]=56&cHash=24babe941a](http://www.scharf-links.de/46.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=21046&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=24babe941a)

---

scharf-links | 08.01.2012

Vom Mythos zum Ritus

von Antifa

Nachdem mittlerweile klar geworden ist, dass das Bündnis "Dresden Nazifrei" auch in diesem Jahr an ihrem bewährten Konzept der Massenblockaden festhalten wird, gibt es auch in der Stadt immer mehr das Bestreben nach eigenen Aktionen in Sicht- und Hörweite der geplanten Aufmärsche im Februar.

Eine von der Stadt beauftragte Arbeitsgruppe hatte aus diesem Grund Dresdens Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, ein Motto für die parteiübergreifenden

Veranstaltungen zu finden.

Im Februar sollen die Aktivitäten abseits der geplanten Blockaden unter dem von einer Jury aus den zugesendeten Vorschlägen gewählten Motto: *“Mit Mut, Respekt und Toleranz – Dresden bekennt Farbe”* stattfinden.

Der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und Moderator der Arbeitsgruppe, Frank Richter, sieht in den knapp 100 Zuschriften *“ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr das Gedenken die Menschen in, aber auch außerhalb von Dresden bewegt”*. Angesprochen auf die Blockaden meinte Richter, dass diese dennoch *“kein geeignetes Mittel”* seien, um sich gegen Rechte zu wehren und forderte die Blockierer stattdessen auf, *“auch die entsprechenden juristischen Konsequenzen [zu] akzeptieren”*.

Wie schon im vergangenen Jahr plant die Stadt auch in diesem Jahr am 13. Februar um 18 Uhr eine Menschenkette, um damit das Gedenken in der historischen Altstadt vor der Vereinnahmung durch die Nazis zu schützen aber auch um an die Bombardierung der Stadt zu erinnern. Am Abend wollen dann wieder Nazis aus dem Spektrum der so genannten Freien Kräfte auf einem Trauermarsch mit Fackeln an die Bombardierung der Stadt durch die Alliierten erinnern. Für den 18. Februar ruft die Arbeitsgruppe aus Parteien, Vereine und Verbänden zu einem gemeinsamen Protest in Hör- und Sichtweite des von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen angemeldeten Aufmarsch's mit mehreren tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf.

Auch aus den Reihen der sächsischen CDU wird inzwischen offen für die Proteste gegen die Aufmärsche im Februar geworben. So betonte Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich am Dienstag gegenüber der Presse, dass von Dresden *“ein Signal ausgehen”* soll, um damit zu zeigen, *“dass es in dieser Stadt keinen Platz für Neonazis gibt”*. Er erinnerte daran, dass Nazis den 13. Februar schon seit den 90er Jahren für ihren Zweck nutzen und sieht die Ursache in der Lethargie der Dresdner Bürgerschaft, die in der Vergangenheit nicht entschlossen genug war, *“diesem Spuk von Anfang an ein Ende zu setzen”*.

Dazu lädt er Bürger aus ganz Deutschland zum friedlichen Protest nach Dresden ein um damit den Nazis zu signalisieren, dass in der sächsischen Landeshauptstadt *“Rechtsextremismus in keiner Weise toleriert”* wird. Eine massenhafte Teilnahme könne, so Tillich weiter, dazu beitragen, *“den Wunsch der Neonazis nach weiteren Demonstrationen in Dresden verschwinden zu lassen”*. In seiner kürzlich veröffentlichten Neujahrsansprache hatte Tillich auch die Fortschritte im Kampf gegen den so genannten *“Rechtsextremismus”* und die oft ehrenamtliche Arbeit zahlreicher Initiativen gegen Rechts gelobt. Er verzichtet jedoch darauf, sich auf die Kriminalisierung zivilgesellschaftlicher Antinaziaktivitäten und das Misstrauen, welches der Freistaat Vereinen und Initiativen gegen Rechts im vergangenen Jahr entgegengebracht hat, zu beziehen.

Wie zu diesen Aussagen das offensichtliche Versagen zuständiger sächsischer Ermittlungsbehörden angesichts des jahrelangen Wirkens rechter Terroristen vom Freistaat aus passt, erwähnte er nicht.

Derweil lagen bis 12. Dezember für den Februar 2012 insgesamt 14 Anmeldungen für Versammlungen vor. Das geht aus einer kleinen Anfrage des Grünen Landtagsabgeordneten Johannes Lichdi beim Staatsministerium des Inneren hervor. Demnach hat die vom Verfassungsschutz Brandenburg als *“rechtsextrem”* eingestufte JLO bisher für den 11., 13. und 18. Februar Versammlungen mit jeweils 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Bereich der Dresdner Innenstadt angemeldet. Die Anmeldungen für

Gegenveranstaltungen zum geplanten Nazigroßaufmarsch am 18. Februar wurden bislang durch die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen, den Deutschen Gewerkschaftsbund Sachsen, dem Stadtverband der Grünen sowie mehreren Privatpersonen eingereicht.

Auch der im vergangenen Jahr durch die Stadt kriminalisierte *“Täterrundgang”* wurde erneut für den Jahrestag der Bombardierungen von einer Privatperson angemeldet. Bisher hat die Landeshauptstadt Dresden als zuständige Versammlungsbehörde jedoch noch keine Auflagenbescheide oder Versammlungsverbote erlassen. In seiner Antwort verwies Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) auch auf die prinzipielle Möglichkeit Gegenveranstaltungen in der Nähe von rechten Versammlungen durchzuführen. Es sei im Einzelfall trotzdem möglich, dieses Selbstbestimmungsrecht auf Protest zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch die Versammlungsbehörde und die zuständige Polizeidirektion einzuschränken.

Die Kriminalisierung antifaschistischen Engagements geht jedoch unvermittelt weiter. Gestern hatte Bodo Ramelow, der Fraktionsvorsitzende der Thüringer Linken, bekannt gegeben, dass er vom dafür zuständigen Dresdner Amtsgericht gleich zu Beginn des Jahres zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen zu je 170 Euro verurteilt worden ist.

Das Gericht ist der Meinung, dass der Politiker am 13. Februar 2010 eine Blockade auf einer der möglichen Routen eines geplanten Naziaufmarsch hinter dem Neustädter Bahnhof *“maßgeblich initiiert”* und damit eine *“grobe Störung”* nach §21 des Versammlungsgesetzes verursacht zu haben. Nachdem Ramelow das Angebot der Staatsanwaltschaft, das Verfahren gegen die Zahlung einer Geldbuße einzustellen, abgelehnt hatte, war für die weitere Strafverfolgung eine Aufhebung der Immunität des Thüringer Landtagsabgeordneten notwendig geworden. Der Politiker wies die Vorwürfe als *“konstruiert und absurd”* zurück und plant, gegen das Urteil Revision einzulegen. Erst im Dezember war in Dresden ein Student zu einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen verurteilt worden. In seiner Urteilsbegründung hatte der Amtsrichter Nazis als *“schützenswerte Minderheit”* bezeichnet.

Dass es wie im vergangenen Jahr wieder zu einer massenhaften Speicherung von Telekommunikationsdaten und dem Einsatz von IMSI-Catchern kommt, wollte der Sächsische Justizminister Jürgen Martens (FDP) weder bestätigen, noch dementieren. Seiner Meinung nach seien von den Ermittlern im Februar 2011 nur sogenannte Verkehrsdaten und keine Namen und Anschlussinhaber abgefragt worden. Dem widersprechen allerdings die bisher bekannt gewordenen Erkenntnisse der Behörden, die von Juli bis Dezember die Bestandsdaten von mehr als 50.000 Menschen abgefragt haben wollen. Der FDP-Politiker betonte, dass Gewalttäter, die mit Molotowcocktails oder Steinen auf Menschen und Sachen werfen, auch in Zukunft *“Probleme mit dem Staatsanwalt”* bekommen würden.

In einem Interview mit der taz hatte kürzlich der sächsische Generalstaatsanwalt Klaus Fleischer das Mittel der Funkzellenabfrage bei Großveranstaltungen als überholt bezeichnet, da *“der Teilnehmerkreis intelligent genug ist, Gegenstrategien zu entwickeln”*. Bis heute konnte mit den Ergebnissen der massenhaften Auswertung zehntausender Handydaten nicht einer der mutmaßlichen Gewalttäter vom 19. Februar verurteilt werden. Dadurch bleiben berechtigte Zweifel an der Aussage von Martens, dass die Ermittlungsmethoden letztendlich nicht dazu geführt haben sollen, friedliche Demonstranten einzuschüchtern.



[http://www.scharf-links.de/46.0.html?  
&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=21046&tx\\_ttnews\[backPid\]=56&cHash=24babe941a](http://www.scharf-links.de/46.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=21046&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=24babe941a)

---